

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Pilz, Freundinnen und Freunde

betreffend Einstellung des Assistenzeinsatzes des Bundesheeres

eingebraucht im Zuge der Debatte über den Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (111 d.B.): Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlages für das Jahr 2009 (Bundesfinanzgesetz 2009 - BFG 2009) samt Anlagen (200 d.B.)

Seit 1990 wird das Bundesheer zur Assistenzleistung zur Sicherung der österreichischen Staatsgrenze herangezogen. Die geopolitische Situation Österreichs hat sich inzwischen, zuletzt seit der Erweiterung des Schengenraumes, grundlegend geändert, so dass mittlerweile die eingesetzten SoldatInnen nur noch beobachten, selbst aber keinerlei Zwangsgewalt üben dürfen. Auch diese „Schleierfahndung“ genannte Beobachtungsmission wird von namhaften VerfassungsexpertInnen als rechtswidrig erachtet.

Darüber hinaus zeigte sich im Jahr 2008, dass die Ergebnisse des Assistenzeinsatzes minimal sind, wie sich aus der Anfragebeantwortung der Innenministerin 494/AB ergibt:

- Insgesamt wurden im Jahr 693 Meldungen erstattet. Bei durchschnittlich 1950 eingesetzten Soldaten bedeutet dies, dass nur ca. jedeR dritte SoldatIn eine Meldung erstattete, und das auch nur einmal in einem ganzen Jahr!
- 196 Meldungen (28,2%) waren so wertlos, dass keine weiteren Schritte veranlasst wurden.
- Insgesamt nur 40 Meldungen betrafen strafbare Handlungen, und zwar:
 - o 13 Meldungen über Einbrüche
 - o 8 Meldungen über Diebstähle
 - o 19 Meldungen über Sachbeschädigungen
- Weiters wurden 8 verwaltungsstrafrechtliche Delikte gemeldet

Zitat aus der Anfragebeantwortung:

„Die überwiegende Anzahl der Meldungen bezog sich auf präventive Maßnahmen wie Alarmauslösungen, festgestellte nicht verschlossene Behältnisse oder Türen und Fenster von Gebäuden, Kraftfahrzeugen, Fälle der ersten allgemeinen Hilfeleistungspflicht, Streitschlichtungen, Müllentsorgung, Fundsachen, Verkehrsunfälle mit Personenschaden sowie den Selbstmord eines Rekruten und Überprüfungen nach dem Fremdenpolizeigesetz“.

- 7 Meldungen (1%!) führten zu 14 Festnahmen

- Es wurden **keine** Schlepper gefasst
- Es wurden **keine** illegalen Einwanderer aufgegriffen.

Aus den Budgetunterlagen 2007 bis 2010 ergeben sich folgende Kosten und Personalaufwand des Assistenzeinsatzes:

	2007	2008	2009	2010
Durchschnittlich eingesetzte Soldaten	1950	1950	750	0
Anteil am Budget des BMLV in %	1,9	2,2	1,0	0
Das sind Kosten von Millionen €	42,8	44,8	22,1	0

Anmerkung: Die Angaben erfolgen jeweils im Teilheft „Arbeitsbehelf“ bei der Aufschlüsselung der Ressortaufgaben unter dem Titel „Schutz der verfassungsmäßigen Einrichtungen“. Da 2010 – nach Auslaufen des Assistenzeinsatzes – weiterhin 0,1% des Heeresbudgets, also ca. 2,2 Mill. Euro für diesen Zweck budgetiert sind, kann man davon ausgehen, dass dieser Betrag auch in den Vorjahren auf andere Aufgaben als auf den Assistenzeinsatz entfiel. Das ist in der Tabelle berücksichtigt.

Zum Vergleich: Das Gesamtbudget für das Bundeskriminalamt betrug im Jahr 2008 ebenfalls rund 45 Millionen Euro, das Einsatzkommando (Cobra) hatte 2008 ein Budget von 30 Millionen Euro zur Verfügung. Zu den damit erzielten Erfolgen berichtet das Einsatzkommando auf seiner Internetseite:

„Im Jahr 2008 führten Mitarbeiter der Cobra unter anderem 405 Festnahmen, 134 Hausdurchsuchungen, 1450 Personenschutzdienste und mehrere tausend Flugsicherungen durch.“

Insgesamt wurden 2008 von den Einsatzkräften der „Cobra“ mehrere Tausend Anforderungen und Routinedienste bearbeitet und durchgeführt.“

Wenn Bundeskanzler Werner Faymann daher am 26.5.2009 medial eine Verlängerung des Assistenzeinsatzes zur Bekämpfung gestiegener Kriminalität fordert, so ist dies die denkbar teuerste und ineffizienteste Maßnahme.

Viel sinnvoller wäre es, den Assistenzeinsatz umgehend einzustellen und die freiwerdenden Mittel anderweitig einzusetzen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, alle notwendigen Schritte zu setzen, um den Assistenzeinsatz des Bundesheeres im Grenzraum umgehend zu beenden und die dadurch frei werdenden budgetären Mittel der Kriminalpolizei zur Verfügung zu stellen.